

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 811

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/2093

Nachfrage zur Kleinen Anfrage Nr. 739: Ortsteilbudgets: Landesregierung wird um substantiierte Antwort gebeten

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Die Beantwortung der KA Nr. 739 erfolgte in völlig unzureichender Weise. Die Landesregierung vermittelt mit ihrer Antwort den Eindruck, als sei die Mittelverwendung von Ortsteilbudgets völlig eindeutig und klar. Dies wird der gelebten Wirklichkeit vieler Ortsvorsteher nicht gerecht, die sich Diskussionen mit der Gemeindeverwaltung regelmäßig ausgesetzt sehen. Zugleich ist darauf hinzuweisen, dass bei bestehenden praktischen Problemen der pauschale Verweis auf eine Bestimmung in der KomHKV wahrlich keine Hilfe ist. Es ist daran zu erinnern, dass die Beantwortung der Kleinen Anfrage zum Ziel haben soll, Sachverhalte aufzuklären und ggf. den betroffenen Kreisen eine brauchbare Handhabe zu liefern.

Deswegen frage ich die Landesregierung erneut bzw. konkret:

Frage 1: Für welche Art von Gegenständen, Veranstaltungen etc. können die Ortsteilbudgets verwendet werden. Der Verweis auf § 46 Abs. 3a S. 2 BbgKVerf hilft nicht, da dieser unterschiedlich angewandt wird. Bitte konkrete Maßnahmen, die finanzierbar sind, auflisten und Gegenbeispiele darlegen, die es nicht sind.

zu Frage 1: § 46 Absatz 3a Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg regelt, dass dem Ortsbeirat bis zu einer durch die Gemeindevertretung festzulegenden Grenze die eigenverantwortliche Entscheidungsbefugnis über ortsteilbezogene Aufwendungen und Auszahlungen im Rahmen eines Ortsteilbudgets übertragen werden kann. Es muss daher ein räumlicher Bezug zum Ortsteil gegeben sein. Eine Auflistung ist wegen der Vielzahl der denkbaren Fälle nicht möglich.

Frage 2: Auf welche Ausschreibungsregeln ist zu achten? Wenn der Ortsvorsteher alleinverfügbefugt ist, liegt es auf der Hand, dass er Ausschreibungsbestimmungen kaum einhalten kann. Daher ist der pauschale Verweis auf § 30 KomHKV ebenfalls nicht zielführend. Es wird um Erläuterung gebeten, bei welchen unter Frage 1 identifizierten, finanzierbaren Gegenständen, Veranstaltungen etc. welche Ausschreibungsabläufe durch wen wie zu beachten sind.

zu Frage 2: Durch die Regelung des § 46 Absatz 3a der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) kann nur die interne Entscheidungs- bzw. Willensbildungsbefugnis von der Gemeindevertretung auf den Ortsbeirat übertragen werden. Die Ausführungsbefugnis hat in jedem Fall bei der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem -beamten und ihrer oder seiner Verwaltung zu verbleiben. Die Beschränkung auf die Übertragung der Willensbildungskompetenz soll sicherstellen, dass sich nicht eine weitere hauptamtliche (Neben-) Verwaltung neben der Gemeindeverwaltung etablieren kann, die zu Effizienzverlusten und zu höheren Kosten führt (Schumacher, Kommunalverfassungsrecht Brandenburg - Stand März 2019 -, § 46 BbgKVerf Rdn. 6.3). Daraus folgt, dass die anzuwendenden Vorschriften für die Auftragsvergabe des kommunalen Bereichs von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem -beamten und ihrer oder seiner Verwaltung zu beachten sind.

Grundsätzlich regelt § 30 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) die öffentliche Auftragsvergabe des kommunalen Bereichs. Die weiteren anzuwendenden vergaberechtlichen Vorschriften richten sich zum einen nach dem Auftragsgegenstand und zum anderen nach dem voraussichtlichen Auftragswert. Unterhalb des EU-Schwellenwerts ist für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) einschlägig. Dort ist u.a. geregelt, dass bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 1 000 EUR ohne Umsatzsteuer ein Direktauftrag möglich ist (§ 14 der Unterschwellenvergabeordnung). Verhandlungsvergaben mit und ohne Teilnahmewettbewerb sind nach § 30 Absatz 3 Satz 2 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von 100 000 EUR ohne Umsatzsteuer zulässig. Werden Aufträge für Bauleistungen vergeben, ist die VOB/A einschlägig.

Für die haushaltswirtschaftliche Umsetzung müssen die Entscheidungen des Ortsbeirats jedoch vor Aufstellung der Haushaltssatzung für das Jahr, in dem die Verwendung erfolgen soll, der Verwaltung mitgeteilt werden, da gemäß § 14 Absatz 1 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung sämtliche Erträge und Einzahlungen sowie Aufwendungen und Auszahlungen in voller Höhe und getrennt voneinander im Haushaltsplan zu veranschlagen sind. Soweit es sich um Aufwendungen und Auszahlungen handelt, die nach dem vom Ministerium des Innern und für Kommunales bekanntgegebenen Produktrahmen unterschiedlichen Teilhaushalten zuzuordnen sind, können diese Einzelansätze gemäß § 23 Absatz 2 und 3 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung für einseitig oder gegenseitig deckungsfähig erklärt und auf diese Weise zu einem Budget (Ortsteilbudget) verbunden werden. Hierfür bedarf es einer entsprechenden Erklärung im Haushaltsplan. Handelt es sich um Aufwendungen und Auszahlungen, die einem (gesonderten) Teilhaushalt zuzuordnen sind, bildet dieser Teilhaushalt gemäß § 6 Absatz 3 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung ein Budget. Die darin veranschlagten Aufwendungen und Auszahlungen sind gemäß § 23 Absatz 1 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung und somit kraft Gesetzes gegenseitig deckungsfähig. In diesem Fall bedarf es keiner gesonderten Erklärung im Haushaltsplan.

Die Bewirtschaftung des Haushaltsplanes und damit auch die Bewirtschaftung der für den Ortsteil bestimmten Haushaltsansätze erfolgt im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung durch die Hauptverwaltungsbeamtin oder den -beamten bzw. durch die hauptamtliche Verwaltung. Durch Inanspruchnahme der im Haushaltsplan erklärten oder der gemäß § 23 Absatz 1 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung geltenden Deckungsfähigkeit der für den Ortsteil bestimmten Haushaltsansätze können im Laufe des Jahres Umschichtungen noch erfolgen, wenn und soweit sich der Ortsbeirat für eine andere als die ursprünglich vorgesehene Verwendung der Mittel entscheidet. Die Ausführungen gelten grundsätzlich auch für Verfügungsmittel, die gemäß § 17 Absatz 1 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung in angemessener Höhe für die Hauptverwaltungsbeamtin oder den -beamten und die Ortsvorsteherin oder den Ortsvorsteher im Ergebnishaushalt veranschlagt werden können.

Frage 3: Wie viele Gemeinden haben von der Regelung des § 46 Abs. 3, 3a, 6 BbgKVerf Gebrauch gemacht? Die Feststellung, dass die Kommunen selbst hierüber entscheiden, ist bekannt. Wenn der Landesregierung hierzu keine Informationen vorliegen, dann wird darum gebeten, diese zu erheben. Auch in anderen Themenbereichen werden (wenn es der Regierung opportun erscheint) Abfragen bei den Kommunen vorgenommen bzw. Auswertungen (hier etwa durch Prüfung der Hauptsatzungen) getätigt. Es wird um eine Antwort in der Sache gebeten.

zu Frage 3: Die Entscheidung über die Nutzung der Regelung des § 46 Absatz 3, 3a und 6 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg treffen die Kommunen im Rahmen ihrer verfassungsrechtlich geschützten kommunalen Selbstverwaltung. Informationen darüber, wie viele Gemeinden von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, liegen der Landesregierung einschließlich der Landräte als allgemeine untere Landesbehörden nicht vor. Es besteht auch keine allgemeine Verpflichtung der Landesregierung, auf Grund parlamentarischer Anfragen die Kommunen um weitergehende Informationen zu bitten.

Zwar kann sich die Aufsichtsbehörde nach § 112 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg jederzeit über die Angelegenheiten der Gemeinde unterrichten lassen. Ein schrankenloses Unterrichtsrecht würde jedoch dem in § 108 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg normierten Grundsatz widersprechen, dass die Aufsicht so auszuüben ist, dass die Rechte der Gemeinden geschützt und die Erfüllung ihrer Pflichten gesichert werden. Das Unterrichtsverlangen setzt daher einen bestimmten Anlass voraus, der geeignet ist, Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Beschlüssen und Maßnahmen der Gemeinde aufkommen zu lassen und ein Tätigwerden der Kommunalaufsichtsbehörde nachvollziehbar erscheinen lässt (Schlinkert in Muth, Potsdamer Kommentar, Rdn. 10 zu § 112 BbgKVerf). Die vom Fragesteller begehrten Informationen wären unabhängig davon auch innerhalb der Antwortfrist in zumutbarer Weise nicht zu erlangen gewesen.